

Antrag

der Fraktion GRÜNE/B90

Weltweiter Klimawandel: Global denken - lokal handeln Kopenhagen darf nicht scheitern!

Der Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert
bis zum 31.03.2010 dem Landtag

- darzulegen, in welchen Zwei-Jahres-Schritten die in der Energiestrategie 2020 des Landes Brandenburg festgelegten Ausbauziele für die Erneuerbaren Energien nachprüfbar erreicht werden sollen;
- ein Konzept („Plan B“) vorzulegen, wie die Stromversorgung Brandenburgs und Berlins nach dem Auslaufen der gegenwärtig genehmigten Tagebaue auch ohne weitere Braunkohleverstromung sichergestellt werden kann,

und bis zum 31.12. 2010

- ein Umstiegsszenario zu erarbeiten, das aufzeigt, wie mit der schrittweisen Netzintegration und Ausweitung der Stromproduktion aus Erneuerbaren Energien eine sukzessive Reduzierung der jährlich geförderten und verstromten Braunkohlemenge ohne Einbußen bei der Versorgungssicherheit ermöglicht wird
- für die Wärmeversorgung des Landes Brandenburg eine Nullemissionsstrategie vorzulegen, die Wege und Mittel benennt, wie der Wärmebedarf drastisch reduziert und beginnend ab 2012 sukzessive alle Neubauten und ab 2020 auch die Bauten im Altbestand ohne Einsatz fossiler Brennstoffe beheizt werden können.
- ein Klimaschutzprogramm aufzulegen, in dem dargestellt wird, in welchen Schritten ein Reduktionsziel von 95 Prozent der CO₂-Emissionen ausgehend vom Stand 2005 bis 2050 dekadeweise erreicht werden soll.

Begründung:

Seit dem 7.12. findet in Kopenhagen die 15. UN-Klimakonferenz statt, deren Ziel eine Nachfolgevereinbarung für das Ende 2012 auslaufende Kyoto-Protokoll ist. Das Stocken der Verhandlungen im Vorfeld der Konferenz geschah vor dem Hintergrund neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse, nach denen die Folgen des Klimawandels deutlich gravierender ausfallen als noch im IPCC-Bericht 2007 festgehalten.

Datum des Eingangs: 09.12.2009 / Ausgegeben: 09.12.2009

Im September 2009 hat das Umweltprogramm der Vereinten Nationen (United Nations Environment Programme - UNEP) einen Bericht zum neuesten Stand der Klimaforschung herausgegeben. Dieser neue Bericht kommt zu dem Ergebnis, dass die negativen Folgen des Klimawandels schneller als erwartet eintreten werden. Der Bericht beruht auf rund 400 hochaktuellenwissenschaftlichen Studien. Danach werden die Durchschnittstemperaturen aller Voraussicht nach bis Ende des 21. Jahrhunderts um 4,3 Grad Celsius steigen. "Noch vor einigen Jahren sind wir davon ausgegangen, dass der Anstieg der Meere eine Frage von einem bis zwei Jahrhunderten sein würde", sagte UNEP-Exekutivdirektor Achim Steiner bei der Vorstellung des Berichts am 24. September in Washington. "Jetzt können wir nicht ausschließen, dass der Meeresspiegel im Laufe des Lebens eines heute geborenen Kindes um zwei Meter ansteigt."

Ein Handlungsverzug würde irreversible Schäden riskieren. Ungebremst fortschreitende Erwärmung könnte nach dem aktuellen Stand der Klimafolgenforschung noch in diesem Jahrhundert abrupte und nicht mehr umkehrbare Veränderungen mehrerer empfindlicher Elemente des Klimasystems anstoßen (z.B. der kontinentalen Eisschilde, des Regenwaldes im Amazonasgebiet, des westafrikanischen Monsuns und anderen). Das Risiko, kritische Schwellenwerte („Kippunkte“) zu überschreiten, wird bei ungebremstem Klimawandel im Verlauf dieses Jahrhunderts stark ansteigen. Auf größere wissenschaftliche Gewissheit zu warten könnte zur Folge haben, dass solche kritischen Punkte überschritten werden, bevor man sie als solche erkannt hat.

Soziale Folgen des Klimawandels

Die schon jetzt absehbaren Auswirkungen des Klimawandels werden drastische Konsequenzen für Millionen Menschen haben. Gletscher und Polarkappen schmelzen rapide, Klimazonen verschieben sich, landwirtschaftliche Nutzflächen werden zerstört, es kommt zu Überschwemmungen bzw. zum Untergang ganzer Staaten. Durch Süßwasserknappheit, Überschwemmungen und die Wüstenbildung von Nutzflächen wird es besonders in Entwicklungsländern zu Spannungen und politischer Instabilität kommen. Die sich verändernden klimatischen Bedingungen werden zur größten Migrationswelle der Geschichte führen.

Die ersten Klimaflüchtlinge gibt es schon heute. So haben mittlerweile die Südseestaaten Tuvalu und Kiribati, deren Inseln nur knapp über dem Meeresspiegel liegen, Asyl für ihre 125.000 Bürger bei den australischen und neuseeländischen Regierungen beantragt. Sie gehen davon aus, dass ihre Inseln in naher Zukunft aufgrund des Meeresspiegelanstiegs unbewohnbar sein werden.

Stark bedroht durch den Klimawandel ist auch das mit ca. 153 Millionen Menschen dicht besiedelte Bangladesch. Schon jetzt sind Teile der Bevölkerung von zunehmenden Überschwemmungen, starken Wirbelstürmen und den Auswirkungen des Meeresspiegelanstiegs betroffen. Bei einem Anstieg des Meeresspiegels um 1 Meter kommt es zu einer dauerhaften Überschwemmung von 20 % der Landesfläche. Rund 30 Millionen Menschen werden ohne Küstenschutzmaßnahmen ihre Heimat verlieren.

Aber auch Brandenburg bleibt nicht verschont. Bei einem Meeresspiegelanstieg um 50 cm wird der Auennationalpark Unteres Odertal zur brackwasserbeeinflussten Flussmarsch, bei einem Anstieg um 1 Meter wird Schwedt zur Ostseestadt, bei einem Anstieg um 2 Meter wird der Oderbruch durch Meerdeiche geschützt werden müssen

80 % CO₂-Reduktion bis 2050 - Klimaschutzziel der Bundesrepublik Deutschland

Die Bundesregierung hat auf dem G8-Gipfel im Juli 2009 in Italien zugesagt, die Emissionen der Treibhausgase bis 2050 um 80 % zu reduzieren. Die Klimaforschung sagt uns, dass das nicht ausreichen wird, sondern eine Emissionsreduktion der Industriestaaten von 90-95 % gegenüber dem Stand von 1990 notwendig sein wird.

Das heißt, für die drei großen Bereiche Strom, Gebäude, Verkehr muss die vollständige Umstellung auf emissionsfreie Alternativen bis 2050 erfolgen: Die Stromerzeugung, die komplett auf regenerative Energien umgestellt werden muss, der Gebäudebereich, wo das Passivhaus zum Standard für sanierte Alt- und Neubauten wird und die Mobilität, für die die Umstellung auf regenerative Elektromobilität ein wirklich revolutionärer Veränderungsprozess ist.

Das Ziel einer Verringerung der Treibhausgasemissionen um 95 % lässt weltweit nur noch Raum für einen Ausstoß von unter 1 Tonnen CO₂/Jahr pro Mensch. Für das Erreichen dieser ambitionierten Ziele in Deutschland ist gerade der märkische Beitrag erheblich. Denn Brandenburg ist aufgrund der Braunkohleverstromung Deutschlands Klimasünder Nummer eins. Unser jährlicher CO₂-Ausstoß pro Einwohner ist mehr als doppelt so hoch wie der Bundesdurchschnitt (10 Tonnen CO₂) und liegt aufgrund der massiven Braunkohle-Nutzung mit rund 23 Tonnen CO₂ pro Kopf sogar noch über dem der USA (19 Tonnen CO₂). Selbst unter Berücksichtigung des Exportanteils des Braunkohlestroms ergibt sich noch ein pro-Kopf-Ausstoß von mehr als 14 Tonnen CO₂.

Sollte die Brandenburger Landesregierung wie geplant an der langfristigen Braunkohleverstromung festhalten und nicht bereits kurzfristig die Verstromungsmengen reduzieren, wird es für Deutschland unmöglich, seine notwendigen Reduktionsziele zu erreichen. Um den internationalen Klimaverhandlungen keine Steine in den Weg zu legen, muss die Landesregierung jetzt umsteuern: Anstatt auf neue Kohlekraftwerke, neue Tagebaue und die riskante und noch weitgehend unerforschte CO₂- Verpressung in salinen Aquiferen zu setzen, muss sie erneuerbaren Energien, Energieeffizienz und -einsparungen den absoluten Vorrang geben.

Die Herausforderung und die unzureichende Klimaschutzpolitik

Bundespräsident Horst Köhler hat in seiner Berliner Rede am 24. März 2009 ausgeführt: "Nehmen wir uns deshalb die nächste industrielle Revolution bewusst vor: diesmal die ökologische industrielle Revolution."

Die energiepolitisch dominierenden Themen in den nächsten Jahrzehnten werden der Klimaschutz und die absehbare Ressourcenverknappung der fossilen Energieträger beginnend mit dem Erdöl sein.

Die Industrielandschaft in Brandenburg ist historisch geprägt von den extrem rohstoffabhängigen Sektoren der Stromerzeugung aus Braunkohle, Stahlproduktion und der Erdöl-Chemie.

Die Zukunft der industriellen Arbeitsplätze, gerade der Exportwirtschaft, hängt von einer verstärkten Orientierung auf Nachhaltigkeit, auf Ressourcen- und Energieeffizienz ab. Die Chancen für zukunftsfähige Arbeitsplätze liegen zunehmend in den mittelständisch geprägten Betrieben, die in den weltweit wachsenden Märkten für ressourcen- und energieeffiziente Techniken und Produkte hervorragende Chancen haben.

Trotzdem spielt dies in der Politik der Landesregierung keine wirklich spürbare Rolle. Das Engagement der Landesregierung bleibt weit hinter den Anforderungen des

Klimaschutzes zurück. Statt die Neuausrichtung in der Energiewirtschaft als Chance für die Weiterentwicklung des Landes zu begreifen, bleibt die Regierung in alten Strukturen verhaftet:

Die bisherige Landesregierung setzte auf den Bau neuer Kohlekraftwerke mit CCS-Abscheidung und CO₂-Verpressung. Durch deren lange Laufzeiten wird eine zentralisierte Energieversorgung mit fossilen Brennstoffen für mindestens weitere 50 Jahre festgelegt.

Die CO₂-Minderungsziele der Energiestrategie 2020 bleiben hinter den EU-Vorgaben (minus 21% gegenüber 2005) zurück, da eine Verringerung der CO₂-Emissionen gegenüber dem Basisjahr 1990 um 40 Prozent lediglich ein Wiedererreichen des Standes von 1995 bedeutet. Diese wenig ambitionierten Ziele berücksichtigen zudem in keiner Weise, dass Brandenburg im föderalen System der Bundesrepublik aufgrund seiner besonders hohen CO₂-Emissionen auch einen besonders hohen Einsparungsbeitrag leisten muss.

Weder die Energiestrategie 2020 noch der neue Koalitionsvertrag nennen nachprüfbar Teilziele, an denen erkennbar wird, wie die für 2020 bzw. 2030 formulierten Ziele zu früheren Zeitpunkten nachprüfbar erreicht werden.

Die Kernkompetenz in der Stromerzeugung sichern

Nach dem Willen der CDU/FDP-Bundesregierung sollen die Erneuerbaren Energien in den kommenden 10 Jahren einen Anteil von mindestens 30 % an der Stromerzeugung in Deutschland übernehmen. Dieses Zwischenziel ist wenig ambitioniert, weil es in zehn Jahren nur eine Steigerung um weitere 10 % vorsieht und damit den derzeitigen Ausbau eher bremst als beschleunigt.

Dieser Ausbau wird aber in 2020 nicht enden, sondern in den nächsten Jahrzehnten bis zur Vollversorgung mit Erneuerbaren Energien fortgesetzt werden müssen. Damit entstehen attraktive neue Kompetenzbereiche in der Stromerzeugung mit all den weiteren, technisch und wirtschaftlich hoch interessanten Bereichen der Strom-Verteilung, Abrechnung, Speicherung und dem Aufbau virtueller Kraftwerke über die Vernetzung dezentraler Anlagen (siehe die Kooperation VW-Lichtblick) mit Hilfe modernster Kommunikationstechniken.

Wenn in den nächsten Jahrzehnten zunehmend zentrale Kohle-Großkraftwerke durch dezentrale Erneuerbare Energien und die Kraft-Wärme-Kopplung ersetzt werden müssen, wird die alte Kompetenz der auf Kohleverstromung basierenden Großkraftwerke zunehmend weniger gefragt. Die neuen Bereiche dezentraler mittelständischer Stromerzeugung, einschließlich der gesamten modernen, sich verändernden Verteilsysteme, werden die alten Kraftwerke ersetzen. Diese neuen Kernkompetenzen sind aber nicht an die alten, historisch durch die Kohlevorräte in Brandenburg begründeten Standorte gebunden. Hier gibt es jetzt schon einen Wettbewerb auch innerhalb Deutschlands und Europas und sogar weltweit.

Die frühere Landesregierung betrieb mit ihrem auf neue Großkraftwerke mit CCS-Abscheidung konzentrierten Einsatz, der zu Lasten der dezentralen Kraft-Wärme-Kopplung und der Erneuerbaren Energien geht, eine Politik, die der Lausitz und ganz Brandenburg die Zukunft verbaut. Die Braunkohleverstromung ist ebenso wenig wie die Atomenergie eine „Brückentechnologie“, sondern ein Bremsklotz für die Entwicklung zukunftsfähiger Technologien.

Durch eine politisch erklärte Abkehr von der Braunkohleverstromung soll dieser Prozess beendet werden. Mit dem vorgelegten Antrag wird die Regierung aufgefordert die hierzu erforderlichen Szenarien und Konzeptionen auszuarbeiten und dem Landtag vorzulegen.

Axel Vogel
für die Fraktion GRÜNE/B90